

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für West-Deutschland 20,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 25,00 M. für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Einschluß des Postens für Deutschland und Österreich 26,50 M., für das übrige Ausland 31,50 M. Postlich Belegaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S. O., Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Anzeigenzeile ober deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Feuerungsbeitrag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Feuerungsbeitrag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anfragen 3,00 M. netto pro Zeile. Stellen-Anfragen in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2070, 2045, 4510 4603, 4635, 4648, 4822.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rücktritt des französischen Präsidenten

Deschanel's Rücktritt

Paris, 17. September.

Wie das „Journal“ meldet, hat Präsident Deschanel gestern Millerand sein Rücktrittsschreiben eingereicht. Den Mitgliedern des Senats ist telegraphisch von dem unmittelbaren Zusammentreten des Parlaments Mitteilung gemacht worden.

Paris, 17. September (WTB).

Die Präsidentschaftskrise war nach ihrer offiziellen Bekanntgabe gestern nachmittag das Gespräch in den Wandelgängen der Kammer. Das Parlament wird auf den 21. d. M. einberufen werden, um die Botschaft des Präsidenten zur Kenntnis zu nehmen. Es wird hierauf am 23. d. in Versailles die Nationalversammlung tagen, um den neuen Präsidenten zu wählen. Im Einverständnis mit den Präsidenten der beiden Häuser wird Millerand das Dekret zur Einberufung von Kammer und Senat zu einer außerordentlichen Session von Deschanel unterzeichnen lassen. Im Laufe des gestrigen Tages sind viele Deputierte aus der Provinz in Paris eingetroffen. Es ist noch kein Politiker als Kandidat in die Öffentlichkeit getreten. In parlamentarischen Kreisen spricht man sich für Millerand aus, der fast die Gesamtheit der Stimmen auf sich vereinigen würde. In diesem Falle würde wahrscheinlich kein Gegenkandidat auftreten.

Ein Selbstmordversuch Deschanel's

Paris, 17. September.

Der „Temps“ meldet, daß Deschanel am 10. September versucht hat, sich das Leben zu nehmen. Morgens um 6 Uhr ging er im Park von Rambouillet spazieren. Am Kanal sah ein Angestellter des Schlosses, der dort angestellt. Der Präsident wechselte einige Worte mit ihm und spazierte dann weiter. Kurz darauf trieb er mitten im Kanal. Er hatte versucht, sich zu ertränken, wurde aber gerettet.

Der Rücktritt Deschanel's kommt nicht unerwartet. Er ist einfach die Folge einer schweren Erkrankung. Die politische Bedeutung des Ausscheidens dieses Mannes ist gering. Deschanel war ein Vertreter jenes bürgerlichen republikanischen Opportunismus, der ohne feste Grundsätze im wesentlichen die ökonomischen Interessen der hohen Finanz vertrat. Deschanel selbst war ein eleganter Redner, der es geschickt vermied, bei einflussreichen politischen Gruppen Anstoß zu erregen und deshalb für repräsentative Stellungen, wie die des Kammerpräsidenten und zuletzt des Präsidenten der Republik gewählt wurde.

Interessanter als der Rücktritt dürfte der Kampf um die Nachfolge werden. Es ist bezeichnend für die reaktionär-militaristische Stimmung, die heute in Frankreich herrscht, daß als erster Kandidat General Foch genannt wird. Gegenwärtig scheint aber Millerand die meisten Aussichten zu haben. Doch sind bei der französischen Präsidentschaftswahl Überraschungen nie ausgeschlossen.

Die „politischen Arbeiterräte“ in Thüringen

Von W. Scholz, Erfurt.

Seit einigen Wochen macht die „Rote Fahne“ viel Geschrei für die Parole des Spartakusbundes „Wahl von politischen Arbeiterräten“. Um der Arbeiterschaft diese Parole schmackhafter zu machen, wird es stets in großen Letztern verkündet, wenn an irgendeinem Ort in Deutschland die „Wahl“ politischer Arbeiterräte vor sich gegangen ist. Die „Rote Fahne“ will den Eindruck erwecken, als wenn ganz besonders in Thüringen ihre Parole sehr viel Anhänger gefunden hätte. In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall. Zwar haben die Spartakusbündler sich bisher sehr viel Mühe gegeben, vor allem in Thüringen ihrer Parole den Boden zu bereiten; aber nur mit dem Erfolg, daß zwar einige öffentliche Volksversammlungen, die von der K. P. D. einberufen waren, die Wahlen von politischen Arbeiterräten beschlossen, die jedoch nicht oder nur unter sehr geringer Beteiligung durchgeführt wurden.

In Erfurt z. B. ist der politische Arbeiterrat völlig bedeutungslos. An einer von ihm am Sonnabend veranstalteten „Demonstration“, die den Zweck hatte, einen verhafteten Güterbodenarbeiter aus dem Untersuchungsgefängnis zu befreien, nahmen höchstens 300 Arbeiter (darunter noch viele Reugierige) teil. In Jena ist der „politische Arbeiterrat“ bereits ganz von der Bildfläche verschwunden. In Gotha, Suhl, Schmalkalden, Nordhausen, Gera usw. ist überhaupt eine solche Wahl nicht zustande gekommen und in einigen kleinen Orten, wie Waltershausen, Jella-Wehla usw. hängt der mit vielem Tam-Tam „ins Leben“ gerufene politische Arbeiterrat völlig in der Luft und wird in den nächsten Tagen ganz verschwinden.

Dort sind die politischen Arbeiterräte nur zustande gekommen durch eine mit den schäblichsten Mitteln betriebene Hege gegen unsere Partei. Man redet der Arbeiterschaft ein, sie müsse jetzt allein die Führung der politischen Kämpfe in die Hand nehmen und durch die politischen Räte die Einigkeit des Proletariats herstellen. In Wirklichkeit hat man das Gegenteil erreicht. Ein neuer Zankapfel ist in die Reihen der Arbeiterschaft geschleudert worden, der zu weiteren Zersplitterungen führt. Erst kürzlich ist es in Erfurt in einer vom „politischen Arbeiterrat“ einberufenen Versammlung sogar zu Tätlichkeiten gekommen. Man macht die Arbeiterschaft irre an ihren bisherigen Kampforganen und erregt dabei, daß sie ein Teil, angeekelt von den Fäulereien, resigniert beiseite stellt. Statt sie zu fördern, lähmt man die Aktionskraft des Proletariats. Der wirklich geschulte Teil der Arbeiterschaft Thüringens hat das bereits erkannt und lehnt es deshalb ab, sich an der Wahl politischer Arbeiterräte zu beteiligen oder gar ihren „Parolen“ zu folgen.

Die „politischen Arbeiterräte“ sind ja nichts weiter als ein neues Aushängeschild der K. P. D., die sich jetzt auf der Suche nach der Revolution befindet. Die Kommunisten haben es sich zur Aufgabe gemacht, in Thüringen den „Stein ins Rollen“ zu bringen. Sie bedienen sich dabei der von ihnen auf so recht eigenartige Weise zustandegebrachten „politischen Arbeiterräte“, die samt und sonders aus unverantwortlichen Personen, es sind auch politisch Unorganisierte darunter, bestehen. Man versucht, durch Arrangierung von unbesonnenen Handlungen, die Arbeiterschaft vor fertige Tatsachen zu stellen, die die von den Spartakusbündern erhoffte Aktion einleiten sollen. Das Ziel dabei ist, einen Konflikt mit der Entente auf alle Fälle herbeizuführen, um die „Verteidigung der Weltrevolution“ am Rhein vorzunehmen zu können. Dieses gefährliche Spiel muß die Arbeiterschaft rechtzeitig erkennen und auf alle Fälle vereiteln. Deutschland darf auf keinen Fall durch unbesonnene Handlungen einiger politischer Witzköpfe zum Kriegsschauplatz und schließlich zu einem rauchenden Trümmerhaufen verwandelt werden. Die politische geschulte Arbeiterschaft lehnt es ab, ein solches Babanque-Spiel zu beginnen, weil sie sich klar darüber ist, daß dadurch die Sache der Weltrevolution nur schwer geschädigt werden kann. Mögen auch die Partei-Kommunisten uns als „Verräter“ beschimpfen, die K. P. D. wird den Weg zu gehen haben, den ihr sozialistisch-marxistische Erkenntnis und Vernunft vorschreiben. Diejenigen aber, die da glauben, diesen Weg mit uns nicht gehen zu können, sollen daraus die Konsequenzen ziehen und ihr Heil in den Reihen der K. P. D. suchen. Klarheit ist auch in dieser Hinsicht dringend notwendig, in der jetzigen Situation mehr denn je zuvor.

Der Kampf gegen Groß-Berlin

Die Furcht vor der Wahrheit

Die antisemitischen Radauhelden gegen Löwenstein

Die Hege, die die gesamte bürgerliche Presse gegen die Wahl des Genossen Löwenstein zum Stadtschulrat von Berlin betrieben hat, hat in den Radauhelden der gestrigen Lehrerversammlung ihre Folgen gezeigt. Es nützt der liberalen Presse gar nichts, wenn sie jetzt von den antisemitischen Helden, deren geistige Armut in ihrem unsüchtigen Benehmen zum Ausdruck kommt, abdrückt. Sie selbst hat ebenfalls mit ihren hart an das antisemitische grenzenden Argumenten den Boden für die Aktion bereitet. Die deutsch-nationale Presse und die übrigen rechtsstehenden Blätter machen natürlich aus ihrer Freude über die gestörte Versammlung kein Hehl. Sie haben diese Radauhelden gewünscht und sind nun hoch erfreut, daß es ihnen gelungen ist, die Abhaltung der Versammlung unmöglich zu machen.

Wir gönnen dieser Gesellschaft die Freude gern. Was zeigt sie denn anders, als die Tatsache, auf wie schwachen sachlichen Argumenten der Kampf dieser Gesellschaft gegen Löwenstein beruht? Nicht fähig, Löwenstein in sachlicher Rede mit Argumenten entgegenzutreten, nicht fähig, die Ueberlegenheit des sozialistischen Schulprogramms und die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Schulreform zu bestreiten, wollten die deutsch-nationalen Radauhelden doch nichts anderes, als die Erörterung von vornherein zu verhindern. Wir begreifen diesen Wunsch.

Aber trotzdem die Versammlung nicht zustande gekommen ist, so zeigte doch das Verhalten der in dem Saale anwesenden Lehrer, daß sie gewillt waren, Löwenstein anzuhören. Hätte Löwenstein sprechen können, so würde mit einem Schlage der unter Mißbrauch der Lehrerschaft gegen ihn inszenierte Kampf sich als eine hohle Seifenblase entpuffen haben. Es hätte sich gezeigt, daß Löwenstein bei seinen Absichten, in Bezug auf die Reform des Berliner Schulwesens, sich durchaus auf die Zustimmung des größten Teiles der Lehrerschaft stützen kann. Gerade aber das sollte verhindert werden und ist — für den Augenblick — auch verhindert worden. Ob für immer, das wagen wir stark zu bezweifeln.

Daß es sich aber überhaupt nicht um die Person Löwenstein handelt, sondern um die Erhaltung der Privilegien der bestehenden Kreise, die die Schule weiter als ihr Bollwerk zur Verhinderung der Aufklärung der Massen benutzen wollen, zeigt die Tatsache, daß die deutsch-nationale Volkspartei für Sonntag, mittags um 11 Uhr im Zirkus Busch, zu einer großen Kundgebung der christlichen und deutsch-benennenden Bevölkerung Berlins aufgefodert, in der über das Thema: „Die christlich-nationale Schule in Gefahr“ gepochet werden soll. Diese Gesellschaft aber ist nur eine kleine Minderheit. Würden die Massen der Berliner Bevölkerung in dieser Versammlung erscheinen, so würden die Herrschaften bald sehen, daß sie nicht das geringste Recht haben, im Namen der Berliner Bevölkerung zu sprechen.

Im übrigen aber zeigt auch diese Kundgebung die schmachliche Rolle, die die Demokraten in dieser Frage spielen. Sie sind nichts anderes, als Schleppenträger der schwächsten Reaktion und ihr Kampf für eine angeblich freiere Gestaltung des Schulwesens entpufft sich bei dieser Gelegenheit als eine leicht zu durchschauende Heuchelei.

Ein neuer Antrag in der Landesversammlung

Da die Demokraten die eigentliche Absicht des deutsch-nationalen Antrages auf Verschiebung des Inkrafttretens des Gesetzes über die Stadtgemeinde Berlin als eine politische erkannt haben, und da sie die Furcht vor einer Regierungskrise in Preußen besitzen, haben sie gestern beschlossen, den deutsch-nationalen Antrag abzulehnen. Für diesen Beschluß war, wie mitgeteilt wird, maßgebend, daß sich die Groß-Berliner Gemeinden bereits in weitgehendem Grade auf die Verwirklichung des Gesetzes eingestellt haben und in der Erledigung ihrer Aufgaben durch die von den Deutschnationalen beabsichtigte Hinausschiebung des Gesetzes auf unbestimmte Zeit bedenklich gefährdet werden würden.

Diese Begründung zeigt die unsäclichen Motive des Verhaltens der Demokraten in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Auch sie haben bisher die Neubildung des Magistrats nach Kräften zu hindern gesucht und sich dadurch mitschuldig an den Schäden gemacht, die eintreten müssen, wenn es nicht gelingt, den Magistrat so rechtzeitig zu bilden, daß eine reibungslose Ueberführung der Geschäfte der Einzelgemeinden in die der Einheitsgemeinde möglich ist.

Außer dem Zentrum aber hat jetzt auch die Deutsche Volkspartei in der preussischen Landesversammlung einen Änderungsantrag eingebracht. Beantragt wird Inkrafttreten des Entwurfes am 1. Oktober 1921, und außerdem folgende Veränderung des Gesetzes vom 27. April 1920:

Der Magistrat besteht aus höchstens 30 Mitgliedern, von denen mindestens ein Drittel unbesoldet sein muß. Im übrigen wird über die Festlegung der Zahl und über die Verteilung der Sitze auf besoldete und unbesoldete Mitglieder erstmals durch die Stadnerordneten-Versammlung, später durch Gemeindebeschlüsse entschieden. Bei Streitigkeiten zwischen Magistrat, Stadtverordneten-Versammlung und Bezirksversammlung über Bezirkskompetenzen entscheidet eine Schiedsstelle. Die Stadtverordneten-Versammlung ist nicht befugt, dem Bezirk die Mittel zur ordnungsmäßigen Verwaltung der Bezirksangelegenheiten zu verweigern. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet die Schiedsstelle.

Auch dieser Antrag ist eine wesentliche Verschlechterung des jetzt geltenden Gesetzes und eine Einschränkung der Befugnisse der neuen Stadtgemeinde Berlin. Sein Zweck ist ebenfalls die Entscheidung der Wähler im Sinne der reaktionären Parteien zu korrigieren, so daß auch dieser Antrag die schärfste Bekämpfung durch die sozialdemokratischen Fraktionen erfahren muß.

Oberschlesien

Abstimmung wahrscheinlich im November

Der Vertreter der „Vossischen Zeitung“ in Oberschlesien, Dr. Manfred Georg, hatte eine Unterredung mit General Le Rond, dem Präsidenten der Interaktiven Kommission. Der General erklärte, daß die Kommission einfließen sei, gegen alle Unruhefächer mit Strenge vorzugehen. Er sagte weiter: „Alle Schulden, deren man habhaft geworden oder noch habhaft wird, werden unweigerlich durch die interaktiven Kriegsgesetze abgewickelt werden. Die Entwaffnungsaktion hat im allgemeinen günstige Erfolge erzielt. Von einer Beschlagnahme kann man in einem so unruhigen Gebiet nicht sprechen, da täglich wieder neue Waffen herankommen. Von polnischer Seite werden sie als Roterbande über die Arbeiter an der Grenze geschmuggelt, aber auch von deutscher Seite hat man gestern wieder auf dem Güterbahnhof Hindenburg einen Waggon mit 900 Gewehren beschlagnahmt. Die blasse Abstimmungsaktion, deren Einsetzung durch den Friedensvertrag vorgesehen war, scheint sich gut einzuführen. Ihre Zahl ist nicht begrenzt und wird, wenn nötig, erhöht werden.“

Zu den Dokumenten über den angeblich bevorstehenden Polenputsch erklärte der General, daß alle Maßnahmen gegen eine etwaige Wiederholung der jüngsten Ereignisse getroffen seien. Es werde keine Abstimmung stattfinden, bevor Ruhe und Ordnung im Lande herrsche. Dem Schmutzmittel solle die Entscheidung zufallen. Es wolle vermehrt sich auf das Entscheidende gegen den Vorwurf der Parteilichkeit.

Aus weiteren Gesprächen, die der Berichterstatter mit anderen Mitgliedern der Kommission führte, glaubte er erfahren zu haben, daß die Abstimmung etwa in der zweiten Novemberhälfte stattfinden solle. Die Vorbereitungen dazu würden bereits eifrig betrieben.

Paris, 17. September.

Wie die Blätter melden, hat sich die Vorkonferenz gestern mit der Oberschlesischen Frage beschäftigt. Man hat keine Beschlüsse gefaßt, da man erst die Ankunft des Generals Le Rond abwarten will.

Die Wiedergutmachung Ein neuer Lösungsversuch

Dr. Bräkel, 17. September.

In einer Proseunterredung erklärte Delacour: Da die Konferenz von Genf eine gewisse Durchsicht in Bezug darauf gerichtet hat, daß das Friedensabkommen nicht genau ausgeführt werden würde, habe ich Mitterand eine neue Lösung vorgeschlagen, mit der er sich einverstanden erklären konnte. Der Wiedergutmachungsausschuß wird jetzt mit den vorbereitenden Arbeiten, die ursprünglich in Genf stattfinden sollten, beauftragt. Der Ausschuß wird zu diesem Zweck Vertreter der deutschen Regierung einladen, nach Paris zu kommen. Auf diese Weise würde eine Zusammenkunft von Sachverständigen, die nicht bevollmächtigt sein brauchen, etwa am 8. Oktober erfolgen. Später können dann die alliierten Bevollmächtigten zusammen mit den deutschen Bevollmächtigten eine gemeinsame Sitzung abhalten, um die Frage der Schadenersatzung endgültig zu regeln. Dies würde auf Grundlage der vorbereiteten Arbeiten des Ausschusses geschehen.

Zu Erzbergers „Erinnerungen“

Von einem Genossen wird uns geschrieben:

In der Abendausgabe vom 15. September gibt die „Freiheit“ einen Teil der Erzberger'schen Erinnerungen wieder, der sich auf die am 20. Juli 1917 zwischen dem ehemaligen Kaiser und den Parteiführern stattgefundene „Ausprache“ bezieht. Diese Begegnung ist seiner Zeit mit etwas großer und auffälliger Resonanz angekündigt worden. So wiesen in München an allen Ecken und Pfosten die Sondertelegramme auf die Bedeutung dieser Ausprache hin. Tatsächlich sah man denn auch diesem Ereignis in weiten Kreisen mit großer Spannung entgegen, denn abgesehen davon, daß sie in unmittelbarem Anschluß an die Annahme der bekannten Februartesolution im Reichstag erfolgte, beanspruchte die Begegnung zwischen Wilhelm II. und den Parlamentariern schon deswegen großes Interesse, weil eben viel von Parlamentarisierung und Demokratisierung die Rede war. Der „Vorwärts“ gar hatte die Berufung Michaelis in seiner Ausgabe vom 17. Juli 1917 als ein „Stück friedlicher Umwälzung“ bezeichnet und ihn, obgleich er vor jenem Amtsantritt keinerlei Rücksprache mit den Reichstagsabgeordneten genommen hatte, triumphierend als den Schöpfer eines

neuen Kurles begrüßt. Alles das hatte natürlich das Interesse an der angekündigten Audienz gesteigert. Um so mehr war man überrascht, als die Blätter am 21. Juli dieser Begegnung nur einige wenige Zeilen widmeten. Der „Vorwärts“ selbst berichtete darüber unter der Überschrift: „Eine Besprechung im Reichsamt des Innern. Kaiser und Parlamentarier“:

„Nach Schluß der dreitägigen Reichstags-Sitzung wurden die Fraktionsvorsitze zum Bischof Dr. Helfferich eingeladen. Von den Sozialdemokraten erschienen Ebert, Scheidemann, David und Kollmann; außerdem war Dr. Sadelum als stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses geladen. Um 6 Uhr nachmittags traf der Kaiser ein. Es entwickelte sich eine zwanglose Unterhaltung, die drei Stunden dauerte und in der mannigfache Fragen berührt wurden.“

Gleichwohl drang über das von Erzberger uns offen geschilderte Auftreten des Kaisers schon damals einiges an die Öffentlichkeit. Insbesondere jener Satz, mit dem der Kaiser, der doch eben erst, acht Tage zuvor, die Volkshast über das neue preussische Wahlrecht hatte ergehen lassen, die demokratischen Abgeordneten abläßt voll mit seiner Garde einzuschütern versuchte. In einer öffentlichen Versammlung, die kurze Zeit darauf in München von der sozialdemokratischen Partei veranstaltet wurde und in welcher Scheidemann sprach, wurde in dankbarer Erinnerung auf diese Auslassung des Kaisers hingewiesen und Scheidemann aufgefordert, sich öffentlich hierzu zu erklären. Scheidemann aber, welcher doch selbst bei den Gästen war, leugnete alles ab und bestritt, daß auch nur ein Wort dieser Behauptungen wahr sei.

Durch die veröffentlichten Erinnerungen Erzbergers ist diese Behauptung Scheidemanns jetzt als Lüge festgenagelt. Nicht nur, daß er nicht einmal den Mut zur Wahrheit besaß, warf er sich durch seine Ableugnung noch zum Schildeknappen des größtensinnigen Kaisers auf, der mit Händen und Füßen seine Allmacht verteidigte und offen bekannte, daß seine Garde in Galizien nur die Aufgabe habe, den bei den Russen durch die Kerenski-Revolution eingedrungenen „demokratischen Staub aus den Westen“ auszuklopfen.

Warum feignete Scheidemann dies damals und warum bewahrte auch die andern vier rechtssozialistischen Führer, die dem Gespräch beigewohnt hatten, darüber das tiefste Schweigen, statt laut zu erklären, daß die deutsche Heere nur einen Krieg gegen die Demokratie führten und daß der deutsche Kaiser von einem „zweiten punischen Krieg“ unter seiner Führung schwärme? Warum wagten sie keinen Ton gegen die proklamierenden Aeusserungen des größtensinnigen Kaisers, die selbst bei bürgerlichen Parlamentariern Entsetzen erweckten? Die Feststellungen Erzbergers rufen nicht nur die Erinnerung an die schmachvolle Kriegspolitik der Rechtssozialisten wach, sie zeigen erneut, daß Scheidemann und Genossen damals auch vor direkten Unwahrscheinlichkeiten nicht zurückschreckten, um die „Durchhaltepolitik“ ihrer Partei nicht zu gefährden.

Vermögensabgabe und Vaterlandsliebe

Der Genosse Dr. Otto Bauer hatte seiner Zeit in der österreichischen Nationalversammlung den bürgerlichen Abgeordneten Friedmann beschuldigt, er habe sich im Einverständnis mit dem Großkapital an die Wiener Seiten des Wiedergutmachungsausschusses gewandt mit der Absicht, die Vermögensabgabe zu hinterziehen, oder doch im Interesse der Banken und der Industrie abzuschwächen. Jetzt veröffentlicht die „Wiener Arbeiterzeitung“ drei Protokolle, aus denen einwandfrei hervorgeht, daß Generalsekretär Weiß als Vertreter einer Finanz- und Industriegruppe dem Abgeordneten Dr. Helfferich als dem Vertreter der christlich-sozialen Partei brieflich und mündlich erklärt hat, die Vermögensabgabe nicht durchbringen, an der weiteren Gestaltung der inneren politischen Machtverhältnisse kein Interesse nehmen. Schon damals hatte Friedmann auf den Vorwurf Bauers auf Hochverrat nur mit einigen gemündelten Phrasen antworten können. Jetzt wird ihm die Sprache wohl vollends verstopft bleiben.

Es ist eine alte Erfahrungstatsache. In Gelbangelegenheiten hört nicht nur die Gemütskraft, sondern auch die vielgeliebte Vaterlandsliebe auf.

Kommunistische Zerspaltung

Nach in der holländischen kommunistischen Partei scheint sich eine Spaltung vorzubereiten. In der „Tribune“ werden heftige Auseinandersetzungen zwischen dem rechten und dem linken Flügel der K. P. geführt. L. van der Binde wirft der „Tribune“ vor, daß sie über die Behandlung der deutschen K. P. auf dem Moskauer Kongress einen unläßlichen Bericht gegeben habe, und er deutet an, daß er die deutsche K. P. nicht mehr als Parteigenossen anerkennen könne. Aus andern Aussagen, so in der „Nieuwen Tijd“, geht ebenfalls hervor, daß der linke Flügel der holländischen kommunistischen Partei die Absicht hat, eine eigene Partei zu gründen.

Wir wundern uns über diese Entwicklung nicht. Der sektiererische und diktatorische Charakter der kommunistischen Partei bringt es mit sich, daß jede Bewegung, die in ihren Basen gezogen wird, auf den Weg der Zerspaltung und Selbstzerfleischung gedrängt wird.

Die Stellung der Organisationen Parteiversammlung in Zeitz

Die am Mittwoch tagende Mitgliederversammlung der U. S. P. D. entschied sich nach zweitägiger Aussprache und nach Referaten von Pittmann und Hünneke gegen die Annahme der Moskauer Bedingungen. Mit 245 gegen 282 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, die die Aufnahmebedingungen beibehielt und sie für unannehmbar erklärte.

Niederbarnim-Nord

In der gut besuchten Konferenz wurde nach einem mit starkem Beifall aufgenommenem Vortrag des Gen. Einstein über Anschluß an die dritte Internationale, und nachdem in der Diskussion auch zwei Gegner des Anschlusses unter den bestehenden Bedingungen zu Worte gekommen waren, gegen drei Stimmen eine Entschließung angenommen, in welcher das Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten festgestellt und ferner die Abstimmung der Parteimitglieder in der Frage des Anschlusses für unbedingt notwendig gehalten wird.

Nichtigkeitsklärung. Wie die „Hamburger Volkszeitung“ mitteilt, hatte sie die Aufnahmebedingungen für die dritte Internationale schon vor der Parteiversammlung veröffentlicht. Auf Wunsch der Parteigenossen ist der Abdruck nach der Abstimmung wiederholt worden. Meine Annahme, daß in Hamburg ohne Kenntnis der Bedingungen abgestimmt wurde, ist danach unrichtig. Eugen Prager.

Die Bergarbeiterkrise in England

Paris, 17. September.

Wie „Journal“ aus London meldet, fanden gestern Besprechungen zwischen den Vertretern der Bergarbeiter und dem Handelsamtspräsidenten Horne statt. Die Bergarbeiter stellten ihre Forderungen nach einer Lohnerhöhung aufrecht, bei denen aber nicht mehr auf einer sofortigen Herabsetzung der Kohlenpreise, sondern verlangten die Einsetzung einer Kommission, die diese Frage prüfen soll. Horne erwiderte im Namen der Regierung, daß eine sofortige Lohnerhöhung unmöglich sei, falls nicht eine gewisse Produktion garantiert werde. Man beurteilt die Lage etwas hoffnungsvoller.

London, 17. September.

„Raut Evening Standard“ haben die Bergarbeiter ihre Forderung auf Herabsetzung der Kohlenpreise endgültig aufgegeben. Sie verlangen aber Zusicherungen, daß die Lohnerhöhung nicht zu Lasten der Konsumenten fällt.

II. Amsterdam, 17. September.

Nach einem drahtlosen Bericht aus London erwartet man in England, daß der Bergarbeiterkonflikt durch Lloyd Georges Anwesenheit bald geregelt werden wird.

Tosse gegen die polnischen Abrüstungs- forderungen

Z. L. Riga, 17. September.

Tosse, der jetzt hier eingetroffen ist, hat Journalisten gegenüber erklärt, daß die einzige Schmelzstelle für den Abschluß des Waffenstillstandes mit Polen in der Abrüstungsfrage liegt. Die Sowjetregierung könne nicht auf die polnische Forderung eingehen, daß gegenseitig abgerüstet werden müsse, da die europäischen Mächte zum Teil eine feindselige Haltung gegenüber Sowjetrußland einnehmen.

Giftpilze

In Wäldern und Gärten wurde eine Pilzart entdeckt, die sich als giftig herausstellte. Die Giftpilze sind in der Regel sehr schön und werden oft als Speisepilze geerntet. Die Giftpilze sind in der Regel sehr schön und werden oft als Speisepilze geerntet.

Neben 200 eßbaren Pilzen gibt es in der deutschen Flora überhaupt nur zehn giftige Pilzarten. Dagegen finden sich unter den eßbaren Pilzen so manche, die zwar nicht giftig sind, sich aber gleichwohl gelegentlich wenig zuzugewandene Geschmack wegen nicht recht zum Genießen eignen. Andere Pilze bilden wieder gewissermaßen einen Übergang von den giftigen zu den eßbaren Pilzen, insofern, als sie an sich allerdings giftig sind, jedoch, wie z. B. der Veil- und der Kanarienspilz, durch Entfernen der Oberhaut oder wie die Lorcheln (nicht zu verwechseln mit der ungiftigen Speisepilz) durch längeres Trocknen oder auch Kochen mehr oder weniger entgiftet werden können.

Vor den verschiedenen sogenannten „Entgiftungsmethoden“, wie sie namentlich der Volks Glaube anpreist, soll man sich überhaupt immer ein wenig hüten. Es wurde allerdings leinertzeit darauf hingewiesen, daß man durch Entgisten (Abkochen oder Abziehen der Oberhaut) auch ausgesprochene Giftpilze und zwar sogar Pilze wie den Flederling, Speisepilz und Satanspilz eßbar machen könne; doch ist von solchen Versuchen entschieden abzuraten. Schon ein ungiftiger Pilz verlangt, seiner harten Röhre wegen, zu seiner Verdaulichkeit einen gelinden Magen, geschweige denn ein Gift, der vielleicht nur zum Teil entgiftet werden konnte. Die größte Gefahr, die dem Pilzfresser droht, beruht auf dem Umstand, daß verschiedene unserer wertvollsten Speisepilze giftige Doppelgänger haben, denen sie, besonders im jungen Zustande, oft fast ähnlich sehen. Gerade der gefährlichste aller Giftpilze, der Knollenblätterpilz, dessen Giftigkeit so groß ist, daß ein Pilzgericht, in das nur ein einziger Knollenblätterpilz irrtümlich hineingeraten ist, schon tödlich wirken kann, gerade dieser Pilz stellt schon so einen Doppelgänger dar, in dem er auf den ersten Blick dem sehr schmackhaften Champignon gleicht, aber Verwechselungen mit dem Knollenblätterpilz dürfen nun bei einem einigermaßen aufmerksamen Pilzfresser niemals vorkommen. In ähnlicher Weise zeigen auch die übrigen Giftpilze ganz gute Merkmale gegen ihre eßbaren Doppelgänger; so der Satanspilz, der manchmal mit dem Steinpilz verwechselt wird, eine blutrote Röhrenschicht, andere dem Steinpilz oberflächlich ähnliche Giftpilze wieder rosa und beim Androhen bläulich anlaufendes Fleisch, während das des Steinpilzes auch nach dem Anschnitt immer weiß

bleiben muß. Der Giftpilz, der bisweilen mit dem echten Reizker verwechselt wird, besitzt gleichfalls sein deutliches Kennzeichen und zwar vor allem in dem (beim echten Reizker dunkelgelben und wohlshmeckenden) weichen und brechen schmelzenden Milchsaft. Bröckling und Speisepilz endlich erkennt man deutlich an der Farbe des Hut, der beim Bröckling gelb bis gelbbraun, beim giftigen Speisepilz aber immer rosa bis rotbraun ist und am weichen Milchsaft des Bröcklings, der dem Speisepilz überhaupt fehlt.

Diese Hauptkennzeichen und Unterscheidungsmerkmale sollte sich nun jeder Pilzfresser ganz genau merken, weil ihre Kenntnis allein ihn vor Schaden zu bewahren vermag. Es ist nicht nur viel wichtiger, die wenigen giftigen Pilze gut zu kennen, sondern auch weitaus leichter, da sich ihre Merkmale viel schneller dem Gedächtnis einprägen, als die der zahlreichen eßbaren Pilze, deren Kenntnis sich, sobald man die giftigen Pilze unterscheiden kann, von selbst ergibt. Ohne die Hilfe guter, farbiger Abbildungen wird man freilich anfangs die einzelnen Formen kaum mit Sicherheit erkennen können. Nur sei zuvor gewarnt, das Hauptausgangsmittel immer nur auf die Hutfarbe des Pilzes zu setzen, da nicht selten die Pilze mit dem Alter ihre Farben ändern. In allen Fällen muß auch auf die Innenseite des Hutes und die Fleischfarbe des Hutes geachtet werden.

Neber die Giftpilze als Giftpilze sowie über ihre Zusammenstellung ist eigentlich noch verhältnismäßig wenig bekannt, und so kennt die Wissenschaft denn auch noch immer kein energisches und wirksames Gegenmittel zur Bekämpfung der Pilzvergiftungen. Man hat tödliche Erkrankungen bis jetzt nur nach dem Genuß von fünf Giftpilzen mit einiger Sicherheit feststellen können. Es handelt sich hierbei noch um den Flederling, ferner, in seltenen Fällen beobachtet, um die Lorcheln (aber nur im halberwesten faulen Zustande), den Speisepilz, Giftpilz sowie um einen ziemlich seltenen Pilz, den sog. Rispilz, nach dessen Genuß, nach Dittlich, indessen bis jetzt nur ein einziger Todesfall beobachtet worden ist. Als einen unserer allergefährlichsten Giftpilze hat man erst in neuerer Zeit auch nach dem Vorprobierting oder Wolfspilz, einen ziemlich großen Pilz mit hochrotem Hut und gelbem Hut, erkannt, von dem, wie ein Versuch ergab, schon der Genuß eines kleinen Stückchens heftige Vergiftungserscheinungen hervorrief.

Reizwürdigerweise kennt man jedoch auch Fälle, in denen selbst stark giftige Pilze ohne weiteres vertragen werden. So genießen die Kirgisen den hoch giftigen Mstolob, das Muscarin, für uns sehr gefährlichen Hefepilz mit großer Vorliebe. Sie deuten aus ihm auch ein berausches Getränk. Auch vom Rotwisch und von Rehen wird der Hefepilz gern gegessen, wie denn

überhaupt auch andere für den Menschen gefährlich giftige Pilze von vielen Tieren ohne jede schädliche Wirkung vertragen werden.

Im Neuen Volkstheater wurde Jönsens „Kora“ neu aufgeführt. Das Gerüst der Handlung trat durch heftige Betonungen und Unterstreichungen dicker humor, als es dem Gefühl für diese Dichtung, die nicht nur Problem und Tendenz sein soll, zuträglich ist. Es fehlten die feinen Uebergänge und Abshattierungen vor dem Anschauung, der aus dem „Huppenhelm“, in dem die Frau nur ein Spielzeug ist, die Wochenstube der Emanzipation werden läßt. Gemäß ist Kora, die Verda, das Eingewordene, die eichhörnliche Gespinn ihres Mannes, von vornehmer Poliranig voranlagt, aber gerade darum darf ihre freie Selbstentfaltung „ins Freie“, wenn sie Gatten und Kinder verläßt, nicht zu geräuschvoll vorbereitet und ins Hysterische gewendet werden. In dieser Beziehung wirkte die Kora der Frau Ida Orloff zu abshattvoll, aber trägernd, gierend und anlagend machte sie hoch den Wunsch des Weltmens zum Weibe künstlerisch glaubhaft. Neben dieser Leistung konnten der jährige Hellmer des Herrn H a b t und der matte Dr. Kant des regisführenden Herrn C z e m p i n nicht auskommen. Besser bestanden in kleineren Rollen Frau Freledung und Herr Otto. Im ganzen war es ein Erfolg dieses aufstrebenden Volkstheaters. E. S.

Vertretung der deutschen Volksbühnenvereine. Der Verein Volksbühne E. W. (Vereinigte Freie und Neue Freie Volksbühnen) in Berlin ladet zur Beschlagnahme eines Vertreterkongresses der deutschen Volksbühnenvereine ein, der vom 23. bis 25. Oktober d. J. in Berlin im Sitzungssaal des Theaters am Ballouplatz stattfinden soll. Vorgezogen sind Referate über die Entwicklung der Volksbühnenbewegung und die Gründung eines Verbandes der deutschen Volksbühnenvereine, über die Aufgaben der Volksbühnenvereine auf den verschiedenen Gebieten der Kunst und über die Möglichkeiten einer Sozialisierung des Theaters mit Unterstützung von Staaten und Gemeinden. In die Tagung soll sich eine öffentliche Kundgebung anschließen. Auskünfte erteilt das Generalsekretariat der Volksbühne E. W. in Berlin E 25, Pflanzstraße 227.

Knut Hamsun wird den diesjährigen Nobelpreis für Literatur erhalten. So wird aus Stockholm gemeldet. Die Auszeichnung des nunmehr sechzigjährigen Hamsun, der nicht nur Norwegens größter Dichter ist, trifft einen Liebergebenden, der, bis er heute groß über allen ihm gedehrenden Anmerkungen steht, lange kämpfen mußte. Wir haben einen seiner ersten und präzissten Romane „Hunger“ bereits vor einiger Zeit für die „Freiheit“ erworben und werden mit dem Abdruck im Oktober zu beginnen. Vorher werden wir neben laufenden kleineren Erzählungen nach Strindbergs Friedensnovelle „Die Utopie in der Wirklichkeit“ bringen.

Die Leitung des Berliner Schulwesens

Unsere Genossen erwarten allgemein, daß durch die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin und den Einfluß, den wir hier haben werden, zugleich auch die Bahn frei gemacht werde für die Umgestaltung des Berliner Schulwesens in dem von uns gewünschten Sinne. Die meisten Genossen glauben nun, daß die Erreichung dieses Zieles schon ohne weiteres damit gesichert sei, daß wir einen der Unfrigen in den Stadtschulratsposten sehen. Wird aber wirklich der Stadtschulrat auch die Macht haben, das Berliner Schulwesen nach den Grundforderungen unseres sozialistischen Schulprogramms umzugestalten?

Nach den bisher geltenden Gesetzen leider nicht; denn nach dem Gemeindeverfassungsgesetz und dem Volksschulunterrichtsgesetz vom 28. Juli 1906, das auch heute noch gilt, haben die städtischen Schulbehörden nur in den sogenannten äußeren Schulangelegenheiten etwas zu sagen, d. h. sie haben den Schulhaushalt festzustellen, die für die Schulen erforderlichen Mittel auszubringen, die Verwaltung des Schulvermögens und die vermögensrechtliche Betreuung der Schule nach außen hin auszuüben. Die dürfen endlich auch die Lehrkräfte anstellen, die aber stets der Bestätigung der Schulaufsichtsbehörde bedürfen. Sie haben aber gar nichts zu sagen in bezug auf den inneren Schulbetrieb, wie Gestaltung des Lehrplans, Reform der Unterrichtsmittel usw., die doch gerade für jede wirkliche und gründliche Schulreform das wichtigste sind. Man denke nur an die Probleme der Arbeitsschule, der Schulgemeinde, die Reform des Schulbetriebs, der Schulaufsichtsbehörde zu bestimmen, und diese ist für das neue Großschulkollegium. Daß aber diese grundreaktionäre Behörde jemals die vom Volke erstrebten Reformen zugeben wird, kann sich nur bei der einbildenden, der noch niemals Gelegenheit gehabt hat, sich hochwohlwollende Behörde in ihrer geistlichen Struktur kennen zu lernen.

Aber die Sache kommt noch schlimmer: Wie wir erfahren, soll ein Teil der bisherigen Beamten der aus Anlaß der Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin verfassten Schulabteilung der Potsdamer Regierung (und darunter gerade diejenigen Personen, die sich als Reaktionäre erwiesen haben) der aus gleichem Anlaß zu vergrößernder Abteilung für das Berliner Volksschulwesen beim Provinzialschulkollegium überwiesen werden. Das darf sich das neue Berlin auf keinen Fall gefallen lassen. Vielmehr ist beim Kultusminister Haensisch sofort die Forderung zu stellen, daß anlässlich der notwendig gewordenen Erweiterung des Provinzialschulkollegiums die Gelegenheit benützt wird, eine Anzahl von Schulmännern in dieses Lehrgang zu berufen, die das Vertrauen der in ihrer Mehrheit sozialistisch denkenden Berliner Bevölkerung genießen. Mit ein bis zwei Kongressschulräten ist es aber da nicht getan. Wir müssen vielmehr fordern, daß entsprechend dem Einkommensverhältnis der mehr fordernden Parteien in Berlin auch die Besetzung des Provinzialschulkollegiums mit sozialistischen Schulmännern zu erfolgen hat. Wenn man erfahren, daß das neue Provinzialschulkollegium aus etwa 30 Mitgliedern bestehen wird, während es jetzt etwa 14-15 Mitglieder zählt, wird man verstehen, daß hier die Gelegenheit benützt werden muß, so viele Männer mit sozialistischem Geist in diese Behörde zu bringen, als es nötig ist, um den Widerstand der Reaktionäre gegen die geplante großzügige Schulreform zu brechen.

Die Sache hat aber größte Eile; denn, wie wir hören, soll die Besetzung der neuen Stellen im Provinzialschulkollegium schon in nächster Zeit erfolgen. Die sozialistischen Parteien, Lehrer- und Elternorganisationen sollten deshalb keine Minute veräumen, um zu verhindern, daß die für die Neugestaltung des Berliner Schulwesens wichtigste Behörde den Reaktionären ausgeliefert wird. Man wird sehr energiglichen Widerstand finden, aber muß gedrohen werden, um endlich einer großzügigen Reorganisation des Berliner Schulwesens die Bahn frei zu machen. Solange eben das Berliner Schulwesen noch dem Provinzialschulkollegium untersteht und solange das alte Schulunterrichtsgesetz noch gilt, — und vorläufig ist da keine Forderung zu erwarten — kann auch der städtische und energigliche Stadtschulrat nur ein Provinzialschulkollegium nicht nur kein Verständnis, sondern wie das bei der gegenwärtigen und der für die Zukunft geplanten Zusammensetzung dieser Behörde zu erwarten — härtesten Widerstand findet. Nur wenn wir dafür Sorge tragen, daß eine Anzahl unserer schärfsten und tüchtigsten sozialistischen Schulmänner ins Provinzialschulkollegium einzeln, können wir die städtischen Kreise einflussreiche Schulreform sichern. Die Stadtschulbehörde allein, selbst wenn alle ausschlaggebenden Stellen in ihr mit sozialistischen Männern besetzt werden, kann nichts an ihrem in der Schulreform ändern. Das muß einmal, um uns vor späteren Enttäuschungen zu hüten, klar und deutlich ausgesprochen werden.

Wir machen endlich noch darauf aufmerksam, daß auch die Bezirksausschüsse und Bezirksschuldeputationen nach § 45 des Gesetzes über die neue Stadtgemeinde Berlin etwaige Anregungen und Anträge nicht dem Stadtschulrat, sondern dem Provinzialschulkollegium zur Entscheidung vorzulegen haben. Inwiefern muß die Stadtschulbehörde in allen Fragen, die in ihrer Bedeutung über die Interessen eines einzelnen Bezirkes hinausgehen, vom Provinzialschulkollegium gebührt werden, aber die Entscheidung erfolgt doch schließlich durch das Provinzialschulkollegium. Man mache sich endlich auch die Bedeutung des Umstandes klar, daß die Bezirksausschüsse und Bezirksschuldeputationen als Schulaufsichtsbehörden mehr Organe des Provinzialschulkollegiums sein werden als des Stadtschulrats. Es kommt also alles darauf an, wie das zukünftige Provinzialschulkollegium zusammengesetzt ist. Es ist höchste Zeit, sich hier genügenden Einfluß zu verschaffen.

Die Anschuldigungen gegen den Reichsernährungsminister

Die „Germania“ veröffentlicht eine Mitteilung der Zentrums-Parlamentarierkorrespondenz zu den Anschuldigungen gegen den Reichsernährungsminister Hermes. Wenn die Zentrums-Parlamentarierkorrespondenz aber meint, wenn die Erklärung des Ministers im Reichstag über die Sozialdemokraten sich wohl nicht damit begnügen werden, würden die Sozialdemokraten sich wohl nicht damit begnügen werden, nur nach den Anschuldigungen zu fragen, sondern sie würden wohl auch auf die Anschuldigungen des Ministers geantwortet haben, so befindet sie sich im Irrtum. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss hat nicht das Recht, Minister wegen ungenügender Ausgaben zur Verantwortung zu ziehen. Dieses Recht hat nur der Reichstag, d. h. der Reichsausschuss, dem die Kontrolle über die Finanzwirtschaft des Reiches obliegt. Nur aus diesem Grunde, das ging aus der Erklärung des Vorsitzenden des Volkswirtschaftlichen Ausschusses deutlich hervor, wurde von einer Erörterung über die Erklärung des Ministers Abstand genommen.

Wir sind aber nach wie vor der Meinung, daß die Anschuldigungen einer schärferen parlamentarischen Nachprüfung dringend bedürfen, umso mehr, als sie ja nicht die ersten sind, die gegen den Zentrumsmann Hermes gerichtet werden. Wir haben deshalb für die Anschuldigung durch die Zentrums-presse völliges Verständnis.

In der bürgerlichen Presse werden ferner gegen den Minister Hermes erhebliche Anschuldigungen gerichtet, weil er die Einfuhr von billigen Mehl aus Amerika verhindert habe. Hier scheint es sich um ein Mannöver derjenigen Kreise zu handeln, die die Einfuhr von Getreide aus den Händen der zentral bewirtschafteten Stellen herausreißen und dem freien Handel übergeben wollen. Das aber hat schwere Gefahren. Die Preise für Getreide würden sowohl auf dem Auslandsmarkt durch die Konkurrenz der Verkäufer erheblich steigen, als auch im Inlande, wo der Auswucherung der Massen völlig freie Bahn bereitet würde. So sehr wir wünschen, daß die Einfuhr von Getreide erheblich vermehrt wird, damit der Bedarf der gesamten Bevölkerung ausreichend gedeckt werden kann, so entschieden wenden wir uns aber gegen eine Freigabe der Einfuhr, die nur den Interessenten auf Kosten der Massen die Taschen füllen würde.

Der Kartoffel- und Fleischwucher

Die rechtssozialistische Fraktion der preussischen Landtagsversammlung hat folgende Interpellation eingebracht:

Infolge Freigabe der Kartoffelbewirtschaftung und der bevorstehenden Aufhebung der Fleischbewirtschaftung ist eine so enorme Preissteigerung für Kartoffeln und Fleisch eingetreten, daß eine ausreichende Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung vollständig unmöglich gemacht worden ist. Neue Anträge und Ersuchen der Wirtschaftslieferanten sind infolgedessen zu befürchten. Welche Schritte bezieht die Staatsregierung einzuleiten, um das zu verhindern?

Wir möchten sehr bezweifeln, ob die Rechtssozialisten mit dieser Interpellation ihrem Freunde, dem Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsminister Braun einen Dienst erwiesen haben. Herr Braun gehörte nämlich zu denjenigen, die bereits im Vorjahre für die Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung eingetreten sind. Ob er jetzt anders denkt?

Die Absetzung des Arbeitslosenrates

Vom Arbeitslosenrat wird uns geschrieben:

Zu dem in der gestrigen Morgenansgabe der „Freiheit“ erschienenen Artikel unter obiger Überschrift haben wir folgendes zu erklären:

Es ist nicht wahr, daß der Arbeitslosenrat aus Postenfeiern und politisch unehrenhaften Versäulern des Räteystems besteht, sondern es ist vielmehr wahr, daß sämtliche Mitglieder des Arbeitslosenrates langjährig organisiert und in ihren Parteien als Funktionäre tätig sind, die keineswegs an ihren Posten kleben, sondern sich bereit erklärt haben, ihre Mandate, wenn die Mehrheit der Arbeitslosen es wünscht und Gründe vorliegen, jederzeit niederzulegen. Ferner erklären wir, daß wir gar nicht daran denken, das Räteystem zu verlassen, sondern daß wir nach wie vor rege Teilnehmer des Räteystems sind. Es ist auch nicht wahr, daß wir die Beschüsse der Arbeitslosen sabotieren, aber einen Aktionsauschuss nur dann anerkennen, wenn er die Mehrheit der Arbeitslosen hinter sich hat und sich als politisch organisierter Mitglieder zusammensetzt; denn das gerade erfordert das Räteystem. Der Arbeitslosenrat in seiner jetzigen Zusammensetzung ist auf breiter Grundlage gewählt, wobei sich jeder einzelne über seine politische und gewerkschaftliche Tätigkeit legitimieren mußte. Unsere Tätigkeit, die jetzt als bürokratisch bezeichnet wird, ist eine so vielseitige und verzweigte, daß die Leute, die darüber glauben kritizieren zu müssen, gar keine Ahnung haben, welches Verdienstgewicht sie durch die Stilllegung unseres Apparates angerichtet haben. Am ein Zusammenarbeiten zwecks einheitlicher Aktion mit den Kollegen in den Betrieben zu ermöglichen, haben wir mit allen Mitteln in Frage kommenden Instanzen, Gewerkschaften, Betriebsräte, Parteien Fühlung genommen und haben allerdings nur mäßige Erfolge zu verzeichnen. Schuld haben aber nicht die Arbeitslosenräte, sondern die Aktionsunfähigkeit der Arbeitenden in den Betrieben. Da wir zu der Erkenntnis gelangt sind, daß lokale Aktionen zu keinem Erfolg führen, auch keine Aktionsauschüsse, die von keiner Partei gebilligt werden, werden auch die Arbeitslosen einleihen müssen, daß uns nur eine Aktion mit einheitlichem politischen Kampf des gesamten Proletariats zum Ziele führen kann.

Eine geschlossene Front herbeizuführen und alle Einzelaktionen und Kuschelversuche zu unterdrücken, ist unsere Pflicht und auch Pflicht der Arbeitslosen.

Gegenüber den persönlichen Angriffen, die angeblich erfolgt sind, erklären wir, daß nur in einem Artikel gesagt war, daß einige Mitglieder des gesamten Aktionsauschusses für uns moralisch und politisch nicht einwandfrei sind. Dafür treten wir den Beweis an. Ferner lehnen wir jede Verhandlung ab, mit Leuten, die politisch und gewerkschaftlich nicht organisiert sind. Wir haben festgehalten, daß sich Spitzel und andere Elemente in unseren Räumen befinden und auch auf der Straße die Menge verunsichern anzuhören. Wir haben ferner festgestellt, daß ein Mitglied des Aktionsauschusses eine Mitgliedsliste von der technischen Kasse bei sich hatte. Des weiteren hat Schmidt dem Aktionsauschuss erklärt, daß er die Erklärung, sofort zurückzutreten, nicht abgibt, sondern nur erklären wird, unter dem Druck der Gewaltausübung, daß wir uns heute als erledigt betrachten und uns ohne weiteres zur Resignation bereit sind. Daraufhin haben die Arbeitslosenräte von Groß-Berlin beschlossen, daß wir auf keinen Fall unsere Mandate niederzulegen, sondern unsere Tätigkeit sofort wieder aufzunehmen haben. Daraus ist aber nicht unsere Tätigkeit wieder aufgenommen und alle anderen fruchtigen Fragen müssen in den nächsten Versammlungen ausgetragen werden.

Ferner möchten wir bemerken, daß es unter politisch organisierten Genossen üblich ist, daß man Angriffe und Vorwürfe politischer Natur auch beweisen muß. Bis heute ist der Beweis noch nicht erbracht worden, daß die Arbeitslosenräte unfähig oder politisch nicht lauter sind. Wir treten den Beweis an, daß wir in allen Fragen die Interessen der Arbeitslosen vertreten haben und daß wir bis in die letzte Zeit hinein in den meisten Versammlungen keine Angriffe und Beschuldigungen gehört haben. Wir möchten aber allen Interessierenden empfehlen, sich einmal zu den zuständigen Stellen zu begeben, wo man erfahren kann, daß mehrere Mitglieder des Aktionsauschusses für sich persönliche finanzielle Vorteile gefordert und auch erhalten haben. Auch dafür können wir den Beweis erbringen. Ferner haben Mitglieder des Aktionsauschusses gemeinsam mit uns beraten und waren wir uns darin einig, daß wir jederzeit mit ihnen zusammenarbeiten werden, wenn sie ihr Wort wahr machen und uns in unserer Arbeit, also im härtesten Kampf gegen die Bürokratie, unterstützen. Am anderen Tage schon hatte der Aktionsauschuss eine andere Meinung und trat mit allerlei Verleumdungen und Beschuldigungen auf, worauf wir jede Verhandlung mit dem Bemerkten ablehnten, daß die Arbeitslosen entscheidend helfen, ob Arbeitsräte oder Aktionsauschüsse. Es ist nicht möglich, einwandfreie Genossen politisch unmöglich machen zu wollen, ohne einen Beweis für die Beweggründe anzutreten zu können. Wir erklären, daß wir nur zurücktreten, wenn die Masse es fordert und der Beweis erbracht wird, daß wir uns politisch nicht einmündig bewegt hätten; denn sonst wären wir ja geduldet, solange wir noch in der politischen Bewegung stehen und tätig sein wollten. Aus diesem Grunde geben wir allen Arbeitslosen mit auf den Weg: Laßt nicht eure gewöhnlichen Vertreter ohne weiteres zurücktreten, sondern prüft diese unbilligen Gerüchte auf ihre

Nichtigkeit, laßt jede Seite in aller Ruhe zum Wort kommen. Dann werdei ihr sehen, daß bestimmte Leute eine bestimmte Absicht damit verfolgen, die ganze Arbeitslosenbewegung in ein von keiner revolutionären Partei gewünschtes Fahrwasser zu lenken.

Der Sach in dem „Freiheit“-Artikel, daß der Aktionsauschuss in den Räumen des Arbeitslosenrates wie die Bundales gehalten hätte, ist so unzulässig, daß sie sich den Arbeitslosen gegenüber über wie Bundales benommen haben, indem sie die Räte lässlich angriffen.

Der Arbeiterrat der Arbeitslosen. Da zum Sonnabendmittag vom Arbeitslosenrat fünf öffentliche Versammlungen der Arbeitslosen einberufen sind, wird es daran Aufgabe sein, Stellung zu den bestehenden Differenzen zu nehmen. Wir können nur den dringenden Wunsch aussprechen, daß die Auseinandersetzungen in ruhiger und sachlicher Weise vor sich gehen.

Gewerkschaftliches

Die Gewerkschaftsbewegung in Russland

Mit obigem Thema ist von der Vereinigten Betriebsrätezentrale und dem Metallarbeiter-Verband zu heute Abend eine Versammlung nach der „Neuen Welt“, Berlin, einberufen. Referent ist der Genosse Kojasch aus Moskau. Der Zweck dieser Versammlung ist für alle Gewerkschafter und Genossen zur Information über russische Verhältnisse unbedingt notwendig. Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Die anderslautende Mitteilung im gestrigen Inzerat ist unzutreffend.

Metallarbeiter-Verband. Wegen der öffentlichen Versammlung in der „Neuen Welt“, fällt die Sitzung der erweiterten Ortsversammlung aus.

Streik bei der Handelsgesellschaft Kaiserlicher Genossenschaften. Seit Monaten stehen die Angehörigen bei der genannten Firma in einer Leibesbewegung. Trotz vieler Verhandlungen waren die Geschäftsführer dieser Firma nicht zu überzeugen, daß die Aufhebung der Gehälter der Angestellten unbedingt notwendig sei. Gehälter für verheiratete Angestellte von 600 bis 800 Mark sind nach Ansicht der Firmenleitung und des Syndikus des Arbeitgeberverbandes durchaus angemessen. Nur eine kleine Anzahl von Beschäftigten bezieht höhere Gehälter. Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin wurde von den Angestellten angerufen und hat Schlichter bestellt, die bei weitem nicht zur Aufhebung der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel ausreichen. Die Firmenleitung hat aber selbst diesen Schlichterspruch nicht anerkannt. Die Angestellten haben daher beschlossen, in den Streik zu treten. Kaufmännische Angestellte! Nehmt bei dieser Firma keine Arbeit an. Aufschlag über den Streik gibt der Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe 17 L.

Groß-Berlin

Kreistagswahl

Am Sonntag, den 19. September, finden im Kreis Niederbarnim die Kreistagswahlen statt. Sie sind angeordnet auf Grund des Gesetzes vom 2. September 1906. Es ist von größter Wichtigkeit, daß jeder Wähler sein Wahlrecht ausübt. Die bürgerlichen Parteien arbeiten in fast allen Bezirken mit betrüblichen Mienen. In der Presse sind diese Arten von ihrem Erfolg so überzeugt, daß sie es wieder erreichen, die sozialistische Mehrheit aus dem Kreistag zu entfernen und selber wieder Herrscher werden. Es liegt an uns, durch rege Wahlbeteiligung unsere Macht, die wir vor einem Jahr im Kreistag errungen haben, zu behaupten. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Kreistag einer der wichtigsten Parlamente ist, er entscheidet allein über die Gemeinden und über die Polizeiverhältnisse im ganzen Kreise. Es ist auch nicht in die Öffentlichkeit gedrungen, welche erhebliche politische Arbeit der Kreis in diesem Jahr geleistet hat auf dem Gebiete des Seidlingswesens, der Gesundheitspflege, der Kontrolle und Regelung im Rohstoffmittelverkehr u. a. Wer sich die früheren Zusammenkünfte vergegenwärtigt, wo im Kreisrat die Herren von Bredow, von Belsheim, von Trechow und von Borffig das erste Wort führten, der muß zugeben, daß diese Herren für das Interesse des Volkswohls sehr wenig übrig hatten. Der letzte Kreisausschuss war von 2 rechtsgerichtigen, 2 S. P. D. und 2 U. S. P. D. unter der Leitung des rechtssozialistischen Landrats Schleiminger vertreten. Sollte die Wahl keine sozialistische Mehrheit bringen, so werden wir uns gefallen lassen müssen, bürgerliche Herren, wie in früheren Kreisausschüssen, wieder einzusetzen zu sehen. Durch den Gesetzeswandel Groß-Berlin gehen dem Kreis die größten Vorzüge verloren. Wäre der alte Kreis einen Flächeninhalt von 172.865 Hektar, 460.674 Einwohner und ein Steuerfoll von 12.824.643 Mark, so hat der neue Kreis einen Flächeninhalt von 140.482 Hektar, 521.012 Einwohner und ein Steuerfoll von 2.111.019 Mark. Prozentual gerechnet beträgt der Verlust der Bodenfläche ein Sechstel, der Einwohnerzahl drei Viertel und des Steuerfolls sogar fünf Sechstel. Ist die Bodenfläche auch nicht viel kleiner geworden, so beträgt der Verlust des Steuerfolls immerhin fünf Sechstel. Es muß dahin gewirkt werden, daß die Gebiete, die dem Kreis noch zur Verfügung stehen, für das allgemeine Volkswohl verwendet werden. Und das ist nur möglich, wenn Sozialisten in den Kreisausschuss gewählt werden.

Es darf auch nicht unerwähnt bleiben, daß durch die Besetzung des Kreistages mit Sozialisten die Möglichkeit geschaffen wird, sozialistische Amtswörter zu wählen. In vielen Bezirken sind die bürgerlichen Herren aus diesen Ämtern herabgeworfen und unsere Genossen in diese Ämter eingesetzt worden. Dieser Einfluß muß erhalten werden. Da diese Wahlen durch den Kreistag vollzogen werden, ist es wiederum unsere Aufgabe, dahin zu wirken, in diesem Parlament die sozialistische Mehrheit zu erringen. Es ist also notwendig, daß auch der letzte Wähler zur Wahlurne schreitet. Unsere Gegner arbeiten mit Hochdruck, lassen auch wir nicht an Intensität nach und übertrumpfen wir die Gegner.

Auf zur Wahl am Sonntag, den 19. September, wählt die Liste der U. S. P. D.!

Freiheitskommission. Sitzung, Sonnabend, 6 Uhr, in der Buchhaltung der „Freiheit“. Der geschäftsführende Ausschuss tritt um 7/6 Uhr zusammen.

Sprecher für die Preisrichterlichen Preisrichter. Informationsamt am Posten, den 28. September, abends 7 Uhr in der Arbeiter-Obwohlungsquartier, Schulstraße 54. Genossen und Genossinnen, die daran teilnehmen wollen, sind hierzu eingeladen.

Demonstration vor der Landesversicherungsanstalt. Ein großer Demonstrationstag, der etwa 5000 Personen umfasst, wird sich am 2. Oktober in der Arbeiter-Obwohlungsquartier, Schulstraße 54, abspielen. Der Zweck dieser Demonstration ist, dem Zentrum der Stadt zum Veranlassungsbahnde der Landesversicherungsanstalt im Köpenicker Park 3. Als der Zug dort angelangt war, wurde eine Deputation von 10 Personen zum Vorsitzenden der Anstalt, Geh. Regierungsrat Dr. Fresenius geschickt, um dort die Wünsche der Demonstration vorzutragen. Es handelt sich bei diesen Wünschen darum, daß das Abwehrhältnis zwischen der Höhe der Erwerbslosenunterstützung und der Invalidenrente aufgehoben werde. Die Erwerbslosenunterstützung, die bekanntlich das Existenzminimum darstellt, ist

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk
3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Bedienung
bei Bestellung von Gebisses gratis. Kronen v. 30 Mk. an
Spez.: Zähne ohne Saumen. Keine Turnpreise.
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 2.

